

ABSTIMMUNGSDOSSIER

29. NOVEMBER 2020

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

Übersicht über die Abstimmung im Parlament, die Parolenempfehlung der Geschäftsleitung (GL) und den Beschluss der Delegiertenversammlung (DV):

Konzernverantwortungsinitiative (Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»)	Fraktion: GL 01.09.20: DV 24.10.20:	Ja (einstimmig) Ja (einstimmig)
Kriegsgeschäfte-Initiative (Volksinitiative vom 21. Juni 2018 «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»)	Fraktion: GL 01.09.20: DV 24.10.20:	Ja (einstimmig) Ja (einstimmig)

JA ZUR KONZERNVERANTWORTUNGSINITIATIVE

Folgende Textelemente **sind zur Veröffentlichung vorgesehen** und dürfen von Sektionen der GRÜNEN frei verwendet werden:

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- **Die Schweiz ist Globalisierungsweltmeisterin:** Pro Einwohner*in zählt sie die meisten internationalen Konzerne. Viele von ihnen sind in heiklen Bereichen tätig, beispielsweise im Rohstoffhandel oder im Land- und Ernährungswirtschaftssektor. Darum sagen wir: Globale Geschäfte, globale Verantwortung!
- **Für die Glaubwürdigkeit und den Ruf der Schweiz:** Zahlreiche europäische Länder und OECD-Staaten verfügen bereits über Gesetze für Konzerne, die im Ausland agieren. Bilden wir nicht das Schlusslicht!
- **Für wirksame Massnahmen, nein zum fadenscheinigen Gegenvorschlag:** Der Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative beinhaltet lediglich unverbindliche Massnahmen. Diese reichen nicht aus, um weitere Skandale zu verhindern. Nur die Initiative selber kann wirklich etwas bewirken.

DARUM GEHT'S

Toxische Abfälle, die schwere Erkrankungen auslösen, unmenschliche Arbeitsbedingungen in Textilfabriken, Kinderarbeit auf Kakaoplantagen: Auch multinationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz sind in solche Skandale involviert. Um sie künftig zu vermeiden und die betroffenen Konzerne zur Verantwortung zu ziehen, müssen verbindliche Regeln und Sanktionen eingeführt werden. Freiwillige Massnahmen, wie sie bereits existieren, reichen bei Weitem nicht aus. Das Ziel der Konzernverantwortungsinitiative ist also nichts als konsequent: Wenn Konzerne mit Sitz in der Schweiz Kinder arbeiten lassen, Flüsse verschmutzen oder Menschen vertreiben, müssen sie für diese Gesetzesverstösse zur Verantwortung gezogen werden.

Wenn die Initiative an den Urnen angenommen wird, sind internationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz künftig dafür verantwortlich, dass bei ihren Aktivitäten im Ausland (und bei denjenigen ihrer Tochterfirmen) die Menschenrechte und Umweltschutznormen eingehalten werden. Sie müssten ihre Lieferkette also regelmässig überprüfen. Im Falle von Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden könnten der*die Geschädigte oder die Geschädigten bei einem Schweizer Gericht (Zivil-)klage gegen den Mutterkonzern einreichen. Die angeklagte Firma müsste anschliessend aufzeigen, dass sie alle notwendigen Massnahmen ergriffen hat, um den Schaden zu vermeiden. Kann sie diesen Beweis nicht erbringen, wird sie gebüsst.

Die Konzernverantwortungsinitiative wird von einer breiten Koalition aus Organisationen der Zivilgesellschaft getragen und kam 2015 zustande. Fünf Jahre später, nach langen parlamentarischen Debatten, kommt sie nun endlich an die Urne. Der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit haben einen Gegenvorschlag verabschiedet, der multinationale Konzerne lediglich dazu auffordert, in ihren Jahresberichten ihre Nachhaltigkeitsmassnahmen auszuweisen. Des Weiteren beinhaltet der Gegenvorschlag ineffiziente Massnahmen gegen Kinderarbeit und Konfliktrohstoffe. Er wird höchstens dazu führen, dass die Unternehmen weitere schöngefärbte Berichte schreiben. Den Skandalen im Ausland wird der Gegenvorschlag keinen Riegel vorschieben.

Die Ziele der Konzernverantwortungsinitiative decken sich mit der DNA der GRÜNEN: Die Globalisierung darf nicht zu Ausbeutung von Mensch und Umwelt zugunsten von

Grossunternehmen führen. Aus diesem Grund unterstützen die GRÜNEN die Initiative seit deren Lancierung.

GRÜNE HAUPTARGUMENTE

Globale Geschäfte, Globale Verantwortung

Die Schweiz ist Globalisierungsweltmeisterin: Pro Einwohner*in zählt sie die meisten internationalen Konzerne. Viele von ihnen sind in heiklen Bereichen tätig, beispielsweise im Rohstoffhandel oder im Land- und Ernährungswirtschaftssektor. Darum sagen wir: Globale Geschäfte, globale Verantwortung!

Ein Ja zu mehr Konzernverantwortung ist zudem nichts als kohärent. Die Schweiz engagiert sich in der Entwicklungszusammenarbeit – sie kann nicht gleichzeitig akzeptieren, dass dieser Einsatz durch die Auslandsaktivitäten ihrer multinationalen Konzerne zunichte gemacht wird.

Für die Glaubwürdigkeit und den Ruf der Schweiz

Die Schweiz bildet heute im europaweiten Vergleich das Schlusslicht, was die Reglementierung der Auslandsaktivitäten ihrer Konzerne angeht. Wie auch beim Bankgeheimnis vertritt sie eine abwartende Haltung, die ihrer internationalen Glaubwürdigkeit schadet. Zahlreiche europäische Länder und OECD-Staaten verfügen bereits über Gesetzgebungen zu den Tätigkeiten ihrer Konzerne im Ausland oder sind dabei, solche zu formulieren. Geht es hierzulande nicht vorwärts, landen wir bald auf der nächsten schwarzen Liste.

Für wirksame Massnahmen, Nein zum Fadenscheinigen Gegenvorschlag

Der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit des Parlaments haben einen Alibi-Gegenvorschlag ausgearbeitet, um die Bevölkerung in die Irre zu führen. Seine Massnahmen sind allesamt unverbindlich. Die multinationalen Konzerne können bei einer Annahme des Gegenvorschlags nicht strafrechtlich belangt werden. Die Skandale werden so kein Ende nehmen. Nur die Initiative selbst kann wirklich etwas bewirken.

Weitere Informationen

- Beratung im Parlament: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)
- Abstimmung im Parlament: [Nationalrat](#), [Ständerat](#)
- Bundesbeschluss: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)

Das Folgende ist zum internen Gebrauch (für GL und Sektionen der GRÜNEN):

Bedeutung für die GRÜNEN

Diese Abstimmung ist für die GRÜNEN grundlegend. Sie betrifft zentrale grüne Werte. Die grüne Basis ist bereits überzeugt und engagiert sich tatkräftig in lokalen Komitees für ein Ja.

KOMITEE UND GRÜNE VERTRETUNG

Ansprechperson bei den GRÜNEN: Roman Gugger, roman.gugger@gruene.ch

SOCIAL MEDIA & KAMPAGNEELEMENTE

- Hashtags D: #abst20 #CHvote, #konzernverantwortung, #kvi
- Hashtags F: #vot20 #CHvote, #MultinationalesResponsables
- Facebook D: [@konzerninitiative](#)
- Facebook F: [@initiativemultinationales](#)
- Twitter D: [@konzern_vi](#)
- Twitter F: [@ini_multi](#)
- Kampagnenwebsite: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)

SPRECHERINNEN

Name Nom	D	F	DV
Sibel Arslan	X		
Lisa Mazzone		x	

JA ZUR KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

Folgende Textelemente **sind zur Veröffentlichung vorgesehen** und dürfen von Sektionen der GRÜNEN frei verwendet werden:

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- **Für eine Politik des Friedens und der Abrüstung:** Die von Schweizer Finanzinstituten verwalteten Milliarden dürfen nicht weiter die Kriege dieser Welt finanzieren.
- **Für eine glaubwürdige und kohärente Aussenpolitik:** Schweizer Geld darf nicht Konflikte nähren, welche die Schweiz auf friedlichem Weg zu lösen versucht.
- **Nachhaltige Investitionen jetzt:** Die Schweiz ist einer der weltweit wichtigsten Finanzplätze. Sie muss endlich Verantwortung übernehmen.

DARUM GEHT'S

Die Initiative der Jungen Grünen und der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) will es der Schweizerischen Nationalbank SNB, Stiftungen und Pensionskassen untersagen, in Firmen zu investieren, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Produktion von Kriegsmaterial erwirtschaften. Denn Schweizer Geld nährt Konflikte: Milliarden von Franken werden vom Schweizer Finanzplatz in die Produktion von Kriegsmaterial investiert. Die Initiative fordert auch, dass sich der Bund dafür einsetzt, dass für Banken und Versicherungen ebenfalls entsprechende Bedingungen gelten.

Heute verbietet das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial die *direkte* Entwicklung, Herstellung oder den Kauf von *verbotenem Kriegsmaterial*.¹ Eine Gesetzeslücke besteht aber bezüglich der indirekten Finanzierung dieses Materials. Diese ist also nach wie vor möglich und wird auch im grossen Stil betrieben. Die NGO ican² publiziert regelmässig Berichte zu Investitionen der Schweizer Finanzinstitute in die atomare Aufrüstung. Die Beiträge sind immens und nehmen stetig zu (fast 9 Milliarden im 2018). Die GRÜNEN haben sich deswegen für einen Gegenvorschlag zur Kriegsgeschäfte-Initiative eingesetzt, der zumindest die indirekte Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial verbietet. Im Parlament hatte ein Gegenvorschlag aber keine Chance. Die Initiative bleibt auf dem Tisch. Die GRÜNEN haben sie von Beginn weg unterstützt. Sie will nicht nur die Gesetzeslücke bezüglich der *indirekten* Finanzierung schliessen, sondern das Verbot auch auf die Finanzierung des gesamten Kriegsmaterials ausweiten.

GRÜNE HAUPTARGUMENTE

FÜR EINE POLITIK DES FRIEDENS UND DER ABRÜSTUNG

Die von den Schweizer Finanzakteuren verwalteten Milliarden dürfen nicht zur Finanzierung von Kriegen verwendet werden. Jahr für Jahr werden Millionen von Menschen getötet, verletzt oder von Gewalt und bewaffneten Konflikten zur Flucht gezwungen. Es ist absolut inakzeptabel, dass insbesondere die Nationalbank von Kriegen profitiert, indem sie in Kriegsmaterialproduzenten investiert.

¹ ABC-Waffen (Kernwaffen, biologische oder chemische Waffen), Antipersonenminen, Streubomben

² <https://www.icanswitzerland.ch/disinvestment/finanzieren-sie-atomwaffen/>

FÜR EINE GLAUBWÜRDIGE UND KOHÄRENTE AUSSENPOLITIK

Ihre Politik der guten Dienste und ihre diplomatischen Vertretungen in Kriegsgebieten zeichnen die Schweiz aus. Ebenfalls ist unser Land Sitz vieler internationaler Organisationen und als Friedensvermittlerin international engagiert. Schweizer Geld darf nicht Konflikte nähren, welche die Schweiz auf friedlichem Weg zu lösen versucht. Nur so ist unser Land glaubwürdig und kann sein Image als Friedensvermittler wahren und das Neutralitätsprinzip einhalten.

ES IST ZEIT FÜR NACHHALTIGE INVESTITIONEN

Die Schweiz ist einer der weltweit wichtigsten Finanzplätze und muss endlich Verantwortung übernehmen. Denn Waffen sind nicht irgendwelche Finanzobjekte, sie werden produziert, um zu töten.

Tatsache ist, dass sich weltweit in diesem Bereich momentan einiges bewegt. Der staatliche Pensionsfonds von Norwegen beispielsweise, etwa 800 Milliarden Franken schwer, hat beschlossen, nicht mehr in Firmen zu investieren, die als unethisch gelten. Darunter sind auch mehrere Waffenproduzenten. Die Pensionskasse der Stadt Zürich hat entschieden, Atomwaffen- und Streubombenproduzenten oder Firmen, die in schwere Menschenrechtsverstösse verwickelt sind, aus ihrem Portfolio zu streichen.

Viele Menschen unterstützen Waffenproduzenten – über ihr Bankkonto, ihre Pensionskasse etc. – unbewusst und ohne es zu wollen. Es ist Zeit für nachhaltige Investitionen. Die Bevölkerung will mehr Klarheit. Sie will wissen, was mit ihrem Geld geschieht. Deshalb stehen die GRÜNEN dafür ein, dass Investitionen endlich verantwortungsvoller getätigt werden. Nachhaltige Fonds, wie beispielsweise der *MSCI World Socially Responsible Index*, verzeichnen seit mehreren Jahren sehr gute Performanzen.

WEITERE INFORMATIONEN

- Beratung im Parlament: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)
- Abstimmung im Parlament: [Nationalrat](#), [Ständerat](#)
- Bundesbeschluss: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)

Das Folgende ist **zum internen Gebrauch** (für GL und Sektionen der GRÜNEN):

BEDEUTUNG FÜR DIE GRÜNEN

Die Initiative der GSoA und der Jungen Grünen deckt sich mit den Kernengagements der GRÜNEN. Das Thema der Initiative ist sehr populär bei der grünen Basis und einfach zu erklären. Die Initiative geht auch Hand in Hand mit der grünen «Divestment»-Strategie im Kampf gegen die Klimakrise.

KOMITEE UND GRÜNE VERTRETUNG

Ansprechperson bei den GRÜNEN: Roman Gugger, roman.gugger@gruene.ch

SOCIAL MEDIA & KAMPAGNEELEMENTE

- Hashtags D: [#abst20](#) [#CHvote](#) [#Kriegsgeschäfte](#)
- Hashtags F: [#vot20](#) [#CHvote](#) [#CommercedeGuerre](#)

- Facebook D: [@Kriegsgeschaefte](#)
- Facebook F: [@commercedeguerre](#)
- Twitter D: [@kriegsgeschaeft](#)
- Twitter F: [@argentsuissetue](#)
- Kampagnenwebsite: [deutsch, français](#)

SPRECHERINNEN

Name Nom	D	F	DV
Marionna Schlatter	X		
Céline Vara		x	